

Handlungsempfehlungen zur Bundestagswahl 2025

Januar 2025

Wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen – Wohlstandsverluste verhindern

Eine neue Bundesregierung hat keine Zeit zu verlieren. Der Standort Deutschland muss zügig auf ein wettbewerbsfähiges Fundament gestellt werden. Diese Erkenntnis ist relevanter und drängender, denn je und muss endlich in politisches Handeln führen!

Große Teile der deutschen Industrie und damit unseres Wohlstands sind akut gefährdet – 20 Prozent der industriellen Wertschöpfung stehen auf dem Spiel. Ohne Industrie, ohne industrielle Wertschöpfung, ohne gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze ist die Soziale Marktwirtschaft ebenso gefährdet.

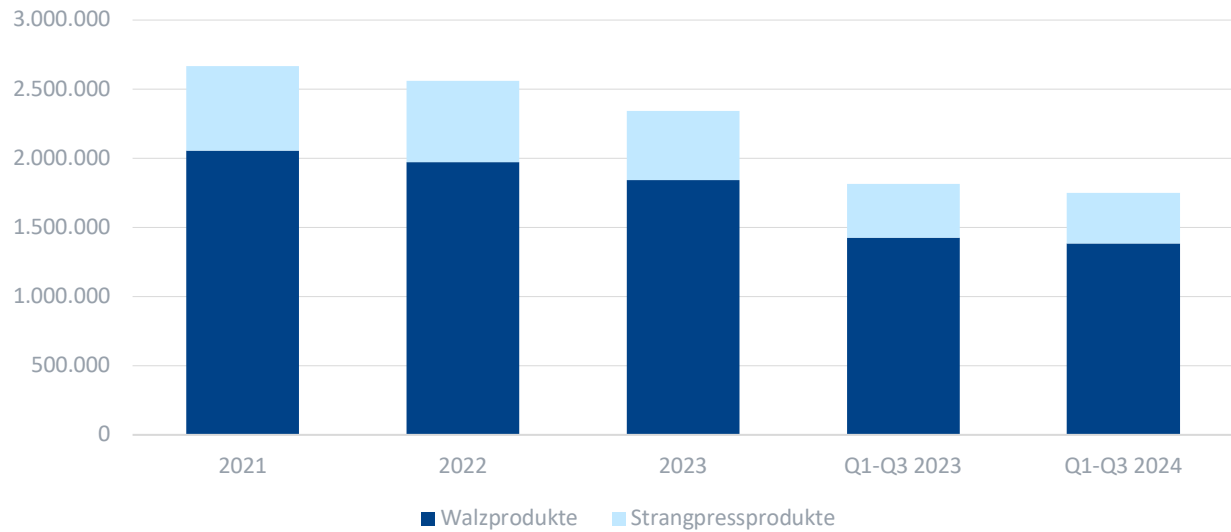
Die deutsche Aluminiumindustrie mit mehr als 60.000 Beschäftigten und über 24 Mrd. Euro Jahresumsatz steht auch am Scheideweg (s. Grafik). Dabei ist Aluminium ein strategisches Metall, ein zentraler Baustein auf dem Weg zu einer CO₂-neutralen Industrie und Gesellschaft. Die globale Nachfrage nach Aluminium wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen. Ob Deutschland davon profitieren kann, hängt von den Rahmenbedingungen ab. Die Politik ist hier gefragt. Deutschlands große Stärke liegt darin, dass hier die gesamte Aluminium-Wertschöpfungs- und Kompetenzkette und zugleich eine international führende Forschungslandschaft vereint sind. Vor dem Hintergrund der Versorgungs- und Wohlstandssicherung muss es ein zentrales Anliegen der neuen Bundesregierung sein, die Aluminiumindustrie in Deutschland zu stärken. Damit dies gelingt, müssen die folgenden Punkte umgesetzt werden:

Zentrale Forderungen

- **Energiepolitik, die den Industriestandort sichert**
- **Bürokratieabbau umsetzen**
- **Technologieführerschaft bei der Kreislaufwirtschaft**
- **Sicherung der Schrottmengen als zentrale Voraussetzung für eine starke Kreislaufwirtschaft**
- **Mehr Verantwortung für Deutschland in Europa**
- **Planungs- und Investitionssicherheit schaffen**

Produktion von Aluminiumhalbzeug in Deutschland

in Tonnen



Quelle: AD

Energiepolitik, die den Industriestandort sichert

Die neue Bundesregierung muss den Energiemarkt so gestalten, dass Versorgungssicherheit, preisliche Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen gewährleistet sind. Dazu gehört auch der Ausbau der Versorgungsinfrastruktur, wie ausreichende Netzkapazitäten, zusätzliche Anschlussstellen für die Stromversorgung zur Dekarbonisierung von Prozessen und ein leistungsfähiges Wasserstoffnetz. Die Energiekosten müssen insbesondere im internationalen Vergleich – etwa mit den USA und China, aber auch im innereuropäischen Vergleich – auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gebracht werden. Vor allem die Netzentgelte drohen extrem zu steigen. Gleichzeitig ist es unerlässlich, die Energieerzeugung weiter zu dekarbonisieren. Denn auch der CO₂-Footprint entlang der Fertigung ist ein deutlicher Faktor im internationalen Wettbewerb. Nachhaltigkeit, einst definiert als Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen, muss wieder so begriffen werden.

Bürokratieabbau umsetzen

Die Unternehmen der deutschen Aluminiumindustrie ächzen unter der wachsenden Last bürokratischer Anforderungen. Diese sind unproduktiv und schaffen keine Wertschöpfung. Eine effektive Wirtschaftspolitik muss entlasten, nicht belasten. Der Abbau überbordender Berichtspflichten und Dokumentationsauflagen ist entscheidend, um den Unternehmen Freiraum für Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu geben. Lange und aufwendige Genehmigungsverfahren verhindern Innovation und Fortschritt. Bürokratieabbau ist schlicht ein Gebot der Effizienz. Die Verantwortung für diesen anhaltenden Wildwuchs ist nicht nur allein in Brüssel zu suchen.

Technologieführerschaft in der Kreislaufwirtschaft

Deutschland ist bereits heute führend in der Kreislaufwirtschaft. Diese Position muss durch die gezielte Förderung innovativer Technologien (z.B. in Brenner-, Ofen- und Sortiertechnologien, aber auch in Infrastruktur) ausgebaut werden, auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken. Denn eine gezielte Weiterentwicklung erfordert Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Aluminium ist ein wertvolles Material, das von den Unternehmen schon heute hocheffizient recycelt wird: Aluminiumlösungen werden mit dem technisch höchstmöglichen „recycled content“ angeboten, weil damit Energie und CO₂ eingespart werden und auch die Kunden genau das nachfragen. Angesichts dieser effizienten und marktorientierten Recyclingprozesse sind zusätzliche regulatorische Eingriffe nicht erforderlich.

Sicherung der Schrottmengen als zentrale Voraussetzung für eine starke Kreislaufwirtschaft

Nicht nur die Technologie, auch die Schrottverfügbarkeit ist entscheidend. Die langfristige Absicherung der Versorgung mit Aluminiumschrotten muss ein zentrales Ziel der Kreislaufwirtschaftsstrategie werden. Die Unternehmen bauen – in Zeiten angespannter Schrottmärkte – auf „closed loops“ in direkter Kooperation mit ihren Kunden, so dass Prozessschrotte ohne Umwege direkt wiederverwertet werden. Der Aufbau langfristiger Partnerschaften sowie die Etablierung rechtlicher Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Sekundärmaterialien sind essenziell, um die Rohstoffbasis der Aluminiumindustrie zu sichern und den CO₂-Fußabdruck weiter zu reduzieren. Dazu gehören auch Maßnahmen, die den Verbleib von Schrotten in der EU sichern. Eine stabile Versorgung mit Aluminiumschrotten ist unverzichtbar für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft.

Mehr Verantwortung für Deutschland in Europa

Deutschland, wirtschaftliches Herz Europas und stärkster EU-Staat, muss eine aktivere Rolle in Brüssel übernehmen, um die Interessen der heimischen Industrie wirksam zu vertreten. Insbesondere bei den Themen Industrie, Klima und Handel sind eine kluge politische Flankierung und deutliche Impulse notwendig. Der Clean Industrial Deal muss volle Wirkung entfalten, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas nachhaltig zu sichern. Gleichzeitig gilt es, Unternehmen besser vor unfairem Wettbewerb aus Drittstaaten zu schützen. Handelspolitische Schutzinstrumente sind an klare Regeln gebunden, müssen innerhalb des Regelwerks auch genutzt werden.

Zudem müssen Instrumente wie der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) administrativ handhabbar bleiben und ihrem ursprünglichen Ziel dienen – nämlich hiesige Erzeuger und Weiterverarbeiter vor den Wettbewerbern zu schützen, die nicht am Emissionshandel der EU oder vergleichbaren Systemen teilnehmen. Deutschland muss hier deutliche Korrekturen einfordern und sicherstellen, dass europäische Maßnahmen die Industrie stärken, anstatt sie zu belasten.

Planungs- und Investitionssicherheit schaffen

Politische Maßnahmen müssen so gestaltet werden, dass sie langfristige Planungssicherheit bieten und Investitionen attraktiv machen. Kurzfristige und vor allem sehr sprunghafte Ansätze reichen nicht aus, um den Unternehmen die notwendige Perspektive zu geben. Gleichzeitig muss die Steuer- und Abgabenlast gesenkt werden, um den finanziellen Spielraum für Investitionen zu erweitern. Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen und einer Entlastung der Wirtschaft können die Unternehmen nachhaltig wachsen, ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und einen Beitrag zur Transformation leisten.

Ihr Kontakt zu uns

Aluminium Deutschland e. V.
Fritz-Vomfelde-Straße 30
40547 Düsseldorf

T: +49 211 4796-0
E: information@alu-d.de
www.aluminiumdeutschland.de

Ansprechpartner

Tim Stappen
Leiter Kommunikation – Märkte – Wirtschaftspolitik

T: +49 211 4796-276
E: tim.stappen@alu-d.de